

sehr große Betriebe werden in die Vorstädte verwiesen. Gewisse Konzentrationen industrieller Standorte finden sich besonders in der Wilsdruffer Vorstadt, der Pirnaischen Vorstadt und auch unmittelbar westlich an den Geländekomplex des Leipziger und Schlesischen Bahnhofs anschließend. Das nur ca. 1,5 km davon entfernte Dorf Pieschen wird nur insofern von dieser Entwicklung beeinflusst, als daß sowohl eine zunehmende Orientierung der landwirtschaftlichen Produktion auf den nahen städtischen Markt erfolgt als auch der Pieschener in der Bewirtung des Dresdener Ausflüglers in der Gemeinde selbst eine zusätzliche Einkommensquelle erhält.²

Etappe von 1861 bis 1878

Mit der Sächsischen Gewerbeordnung von 1861 wird jedem Einwohner das Recht gegeben, ein Gewerbe ohne Beschränkung in der Wahl des Standortes zu betreiben, sofern es nicht zu jenen Fabrikationszweigen gehört, welche weiterhin bestimmten feuer- oder gesundheitspolizeilichen Regelungen unterliegen. Kräftig gefördert durch entsprechende Regulative des Rates, kann Dresden nunmehr seine objektiven Vorzüge als potentieller Industriestandort voll zur Geltung bringen. Die einzigartige verkehrsgeographische Lage der Stadt, die ihr den Bezug von Kohle, Eisen und Stahl sowohl aus dem Freitaler Raum, aus Böhmen, Schlesien und England mit vertretbarem Aufwand gestattet, welche ihr über die Elbe den Zugang zu den überseeischen Produkten wie Tabak, Kakao, Drogen aller Art, ja selbst zu dem japanischen und chinesischen Reisstroh sichert, das Vorhandensein ausreichender und gewerblich vorgebildeter Arbeitskräfte des Erzgebirgsvorlandes sowie die hervorragenden Präsentations-, Kommunikations- und Verkaufsmöglichkeiten in der Residenz- und „Touristen“-Stadt Dresden – all das zusammen beflügelt die Stadtentwicklung in solchem Tempo, daß Dresden sich rasch zum pulsierenden wirtschaftlichen Zentrum Sachsens emporschwingt.³

Die räumliche Entwicklung der Stadt wird vor allem durch ein rasches landwärtiges Wachsen der Vorstädte gekennzeichnet. Wie intensiv versucht wird, hier alle Bahnen für weitere gewerbliche Entwicklung zu ebnen, geht treffend aus einem Briefwechsel der Behörden zum Antrag der Unternehmer Villeroy und Boch hervor, die beabsichtigten, an der Leipziger Straße eine Steingut- und Steinwarenfabrik zu errichten.

Die Kreisbehörde lehnt diesen Antrag aus überwiegend sicherheitspolizeilichen Erwägungen ab, weil für die Antonstadt, die „... bekanntlich schon überreich an Proletariern ist, eine weitere Vermehrung dieser Menschenclasse“ nicht begünstigt werden soll. Die Oberbehörde setzt sich mit dieser „überschwenglichen Naivität“, die auf die Schlußfolgerung hinauslaufe, „... daß man, um das Proletariat zu meiden, die Arbeitsgelegenheiten abschneiden (müsse)“, scharf auseinander.

„Dresden hat wahrlich alle Ursache, Gelegenheit zu umfangreicherer Beschäftigung nicht von sich zu weisen, nur wenn es gelingt, in Dresden Handel und Fabrikthätigkeit blühend zu machen, wird auch das Handwerk sich wieder besser befinden. ... An dem Unternehmen liegt nichts, aber an ihrem Kapital, welches durch eine Anlage von diesem Umfang wohl gefesselt wird.“⁴

Der weitere Verlauf des Industrialisierungsprozesses machte aber auch bald überaus deutlich, daß einer ungerichteten Verbreitung der Industrie über das ganze Stadtgebiet entschieden entgegengetreten werden mußte. Die stark rußende Kohle des Freitaler Raumes ließ jeden Standort mit einem größeren Kohleverbrauch zu einem weithin sichtbaren Fanal des neu angebrochenen Zeitalters werden. Der Streit des Unternehmens Christmann, der 1863 an der Nöthnitzer Straße eine Ziegelei errichten lassen will, mit den unterhalb davon wohnenden wohl-